News Archiv November 2020

2020-11-28 13:43

SPÖ: Regierung kürzt Insolvenzentgeltfonds

Die SPÖ wirft der Bundesregierung vor, den Insolvenzentgeltfonds (IEF) um 300 Mio. Euro kürzen zu wollen – in Zeiten der Coronavirus-Pandemie mit einer prognostizierten Pleitewelle unter den Betrieben. Zur Erklärung: Der IEF sorgt dafür, dass Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von insolventen Firmen von staatlicher Seite die ihnen zustehenden finanziellen Leistungen erhalten.

„Einmal mehr zeigt sich, dass ÖVP und Grüne beim Budget eine völlig verkehrte Richtung einschlagen: Da wird in der größten Pandemie bei den Krankenhäusern gekürzt, und zudem wird jetzt, wo Zehntausende Insolvenzen drohen, der Insolvenzentgeltfonds ausgeräumt“, kritisierte der stellvertretende SPÖ-Klubvorsitzende Jörg Leichtfried.

Leichtfried fordert Korrektur

Bereits für das laufende Jahr 2020 würden dem Fonds 50 Mio. Euro entzogen, im Jahr 2021 würden es 100 Mio. Euro weniger sein und im Jahr 2022 minus 150. Mio. Euro. „Die Regierung nimmt den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ihren Rettungsring weg, wenn ihre Firme pleitegeht – und das im Vorfeld einer Insolvenzwelle, deren Dimension leider sehr groß sein dürfte“, sagte Leichtfried und forderte eine Korrektur.

Mit Ende Jänner laufen die coronavirusbedingten Ausnahmebestimmungen für Insolvenzen aus. Ob es eine Nachfolgeregelung geben wird, ist noch offen. Die derzeitige Regelung sieht so aus: Tritt eine Überschuldung im Zeitraum vom 1. März 2020 bis 31. Jänner 2021 ein, so besteht keine Verpflichtung (jedoch weiterhin die Möglichkeit) des Schuldners, einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens zu stellen. Bei Zahlungsunfähigkeit besteht unverändert eine Antragspflicht.

Read more … SPÖ: Regierung kürzt Insolvenzentgeltfonds

2020-11-25 13:21

Vor Sondersitzung: SPÖ kritisiert „Pfusch“ der Regierung

Die SPÖ hat heute den „Pfusch“ der Regierung beim Bundesfinanzrahmen und bei der Coronavirus-Verordnung kritisiert. Am Tag vor der wegen eines Abstimmungsfehlers notwendig gewordenen Sondersitzung des Nationalrats erklärte SPÖ-Vizeklubchef Jörg Leichtfried, diese Fehler seien „symptomatisch“ für das Handeln der Regierung. Gesundheitssprecher Philip Kucher kritisiert erneut, dass die Regierung die Gesundheitsbudget-Finanzierung „vergessen“ habe.

„Wir stehen hier, weil es eine Sondersitzung des Nationalrates geben muss, weil die Bundesregierung nicht in der Lage ist, einen Antrag mit fünf statt vier Unterschriften zu versehen“, so Leichtfried. Bei dem Abstimmungsfehler vergangene Woche im Nationalrat wurde ein Abänderungsantrag zum Finanzrahmen von einem Abgeordneten zu wenig unterschrieben. Morgen muss der Finanzrahmen daher neu beschlossen werden – inklusive des wohl diesmal fehlerlosen Abänderungsantrags, bei dem es um die Aufnahme von Verwaltungspraktikanten in den regulären Dienst geht.

Kritik: Zweiter Lockdown nicht im Budget

„Das kann ja passieren, aber diese Fehler sind symptomatisch für das, was sie tun“, sagte Leichtfried. Es gebe im Nationalrat ja auch „keine normale Gesetzgebung mehr“. Das sei am Anfang der Pandemie verständlich gewesen, jetzt aber nicht mehr. Man hätte ausreichend Zeit für Vorbereitungen gehabt, auch was die Coronavirus-Verordnungen betreffe. Hier verwies der Vizeklubchef auf die für heute Nachmittag geplante Sitzung des Hauptausschusses des Nationalrats, bei der weitere Änderungen der Coronavirus-Notmaßnahmenverordnung beschlossen werden.

Zum Budget merkte er an, dass der zweite „harte“ Lockdown überhaupt nicht eingepreist sei. Und auch die Gemeindefinanzierung nannte er neuerlich als großes Problem. Neuerliche Kritik übte Leichtfried auch an der Wiedereinführung von Abschlägen bei der „Hacklerregelung“, außerdem würden die Pensionen insgesamt um 80 Mio. Euro gekürzt werden, das betreffe auch die Schwerarbeiter- und die Invaliditätspensionen. Gleichzeitig schreibe die Regierung ein PR-Paket um 30 Millionen Euro aus, das sei „untragbar“, verwies er auf die am Vortag bekanntgewordene Ausschreibung über die Bundesbeschaffungs Gmbh.

SPÖ-Gesundheitssprecher Kucher rückte erneut die Budgetierung des Gesundheitswesens in den Fokus. Die Regierung habe auf die Finanzierung von Krankenanstalten und der Gesundheitskasse „vergessen“. „Wir reden von einer Summe über einer halben Milliarde Euro.“ Die SPÖ werde daher morgen einen Antrag zur „Rettung des österreichischen Gesundheitssystems“ einbringen, kündigte er an.

Read more … Vor Sondersitzung: SPÖ kritisiert „Pfusch“ der Regierung

2020-11-24 09:42

Neue Wiener Stadtregierung wird angelobt

Nach der Wien-Wahl am 11. Oktober erfolgt diese Woche der Start in die neue Legislaturperiode: Heute konstituieren sich der Wiener Gemeinderat und Landtag. Erstmals wird dabei eine SPÖ-NEOS-Regierung ins Amt eingeführt.

Unüblich ist dieses Mal, dass die Sitzung im Festsaal des Wiener Rathauses stattfindet. Dies ist jedoch nicht der neuen Koalition geschuldet, sondern dem Coronavirus. Denn im Gemeinderatssitzungssaal waren zuletzt die Besucherreihen für Zuseher gesperrt, da dort auch Mandatare sitzen durften, um die nötigen Abstände zu wahren. Der Festsaal ist deutlich größer, somit gibt es etwa auch für die erwarteten zahlreichen Medienvertreter deutlich mehr Platz.

Bürgermeister trägt Regierungserklärung vor

Das Stadtparlament tagt ab 9.00 Uhr. Fragestunde und Aktuelle Stunde wird es keine geben, stattdessen wird Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ) seine Regierungserklärung vortragen. Diese wird in weiterer Folge auch debattiert.

100 Mandatarinnen und Mandatare werden angelobt

Im Rahmen der Sitzung werden die 100 Wiener Mandatarinnen und Mandatare angelobt. Hier haben sich die Kräfteverhältnisse deutlich geändert. Die SPÖ verfügt nun über 46 Mandate, das sind zwei mehr als bisher. Die Fraktion der ÖVP ist sogar um 15 Personen gewachsen, insgesamt 22 Plätze nehmen die Stadt-Türkisen künftig ein.

Auch die Grünen dürfen sich über einen Zuwachs freuen, nämlich von zehn auf 16 Abgeordnete. Die neue Regierungspartei NEOS kann acht statt bisher fünf Sitze besetzen. Der Wahlverlierer FPÖ verfügt ebenfalls über acht Mandate, was in diesem Fall aber einen Verlust von 26 Abgeordneten bedeutet.

Umschichtungen bei der Ressortverteilung

Gewählt werden weiters die Mitglieder des Stadtsenats, also die Stadträte. Jene der beiden Regierungsparteien werden in einem weiteren Wahlgang auch mit einem Amt betraut – und damit zu sogenannten amtsführenden Stadträten. Ein Wiener Spezifikum ist, dass auch die Opposition über Stadtsenatsmitglieder verfügt, die aber kein Ressort ihr Eigen nennen.

Das rote Regierungsteam bleibt unverändert, umgeschichtet wird jedoch zum Teil bei der Ressortaufteilung. So wird etwa der bisherige Bildungsstadtrat Jürgen Czernohorszky für Umweltagenden zuständig sein, die bisherige Umweltstadträtin Ulli Sima wurde mit dem zuletzt von den Grünen geleiteten Verkehrsressort betraut. NEOS-Chef Christoph Wiederkehr wird einziges pinkes Regierungsmitglied. In seine Zuständigkeit fallen Bildung, Integration, Transparenz und Jugend.

Gaal und Wiederkehr werden Vizebürgermeister

Der Bürgermeister und die beiden Vizebürgermeister werden ebenfalls gekürt – wobei die SPÖ eine Vizebürgermeisterin erhält. Wohnbaustadträtin Kathrin Gaal wird diesen Titel tragen. Auch Wiederkehr wird Vizebürgermeister. Bürgermeister Michael Ludwig unternimmt nach diesem Prozedere einen kurzen

Ausflug in die Hofburg. Er wird dort um 11.30 Uhr von Bundespräsident Alexander Van der Bellen als Landeshauptmann von Wien angelobt. Für diese Zeit wird die Sitzung unterbrochen.

Direkt im Anschluss an das erste Zusammentreffen des Wiener Gemeinderates folgt die konstituierende Sitzung des Landtages. Sollte der Gemeinderat bis 17.00 Uhr noch nicht beendet sein, wird dieser laut Rathauskorrespondenz unterbrochen und die Landtagssitzung eingeschoben.

Read more … Neue Wiener Stadtregierung wird angelobt

2020-11-20 06:24

FSG-Kniezanrek: Grüne jetzt zum Schleuderpreis!

Abschaffung der Hacklerregelung ist Höhepunkt des grünen Ausverkaufs

„Dass die türkise Partei keine Freundin der ArbeitnehmerInnen im Land ist, war schon lange klar. Aber der Totaleinbruch der Grünen bei der Abschaffung der Hacklerregelung ist zum Fremdschämen. Anschober und Co schließen sich den großen Einrichtungshäusern und Lebensmitteldiskontern an: Grüne jetzt zum Schleuderpreis!“, sagte heute, Freitag, Erich Kniezanrek, Bundesgeschäftsführer der FSG (Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen) in der younion _ Die Daseinsgewerkschaft.

„Die kritiklose Zustimmung zur Abschaffung der Hacklerregelung ist wirklich der bisherige Höhepunkt des grünen Ausverkaufs. Eine abschlagsfreie Pension nach 45 Arbeitsjahren ist finanzierbar und gerecht. Aber der kleine Regierungspartner ist im Liegen umgefallen“, kritisierte Kniezanrek. Eine besondere Enttäuschung sei die grüne Klubsprecherin Sigi Maurer: „Von den großen Tönen über die Rechte von ArbeitnehmerInnen ist nichts mehr übrig. Die einstige grüne Rebellin als folgsame Abnickerin türkiser Politik erleben zu müssen, ist zutiefst enttäuschend.“

Die Klientelpolitik der ÖVP läuft daher weiter wie geschmiert: „400 Millionen Förderung für die Landwirtschaft, dafür keine Erbschafts- oder Vermögenssteuern - sie wünschen, wir spielen. Und die Grünen haben bei all dem die Rolle einer Winkekatze übernommen: Die ÖVP setzt ihre Agenden auf die Tagesordnung und die Grünen winken alles brav durch. Dass das allerdings kaum der Auftrag ihrer Wählerinnen und Wähler sein dürfte, werden sie womöglich noch zu spüren bekommen“, schloss Kniezanrek.

Read more … FSG-Kniezanrek: Grüne jetzt zum Schleuderpreis!

2020-11-19 10:47

younion-Kattnig: Finanzminister vergisst Städte und Gemeinden

Lockdown 2.0 gibt Städten und Gemeinden den Rest

„Der für das kommende Jahr vom Finanzminister veranschlagte Haushalt ist bereits vor seinem Beschluss veraltet und vergisst die wichtige Rolle der Städte und Gemeinden. Allein das geplante Defizit erhöhte sich bereits während der Budgetdebatte auf 22,6 Milliarden Euro“, kritisierte heute, Donnerstag, Thomas Kattnig, Mitglied des Bundespräsidiums von younion _ Die Daseinsgewerkschaft.

„Die Gemeinden bekämpfen seit dem ersten Lockdown die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und sichern die Leistungen der Daseinsvorsorge wie etwa Gesundheit, Wasser, Müll, Energie und soziale Dienstleistungen. Schon die bisherigen Einnahmeausfälle durch fehlende Steuereinnahmen betragen bis zu 2,2 Milliarden Euro und werden durch den aktuellen Lockdown weiter massiv anwachsen. Die Gemeinden müssen schon jetzt ihre Investitionen 2020/21 jeweils zwischen 800 Millionen und 1,6 Milliarden Euro zurückfahren. Dieses Geld fehlt der regionalen Wirtschaft und den Menschen“, sagte Kattnig.

Bisher hat die Bundesregierung wie auch in anderen Bereichen ihren Ankündigungen kaum Taten folgen lassen. Kattnig: „Die angekündigte Gemeindemilliarde fließt nur sehr spärlich. Gleichzeitig belastet die verabschiedete Steuerreform die Gemeindebudgets zusätzlich mit 1,14 Milliarden Euro. Um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen und Arbeitsplätze zu sichern, braucht es eine 100prozentige Abgeltung des Einnahmeentfalls bei Kommunalsteuer und Ertragsanteilen und der zusätzlichen finanziellen Belastungen, um ein Konjunkturpaket für Kommunen und somit Projekte zur Ankurbelung der örtlichen und regionalen Wirtschaft effektiv umsetzen zu können.“

„Ein vollständiger finanzieller Ausgleich der Einnahmeausfälle und zusätzlichen Aufwendungen aufgrund der Pandemie für Städte und Gemeinden und ein öffentliches Beschäftigungspaket in wichtigen Bereichen der Daseinsvorsorge sichern den dringenden Bedarf, schaffen Arbeitsplätze und bringen die Wirtschaft wieder in Schwung. Die Regierung muss den Weckruf endlich wahrnehmen und in die Gänge kommen. Ein Kommunalgipfel unter Einbindung der Sozialpartner ist dringend notwendig, um die nötigen Maßnahmen endlich auf den Weg zu bringen“, forderte Kattnig abschließend.

Read more … younion-Kattnig: Finanzminister vergisst Städte und Gemeinden

2020-11-18 16:31

Burgenland: Öffentlicher Schlagabtausch zwischen SPÖ und ÖVP

Die SPÖ Burgenland und die Bundes-ÖVP liefern einander derzeit einen öffentlichen Schlagabtausch und werfen sich gegenseitig einen „Tabubruch“ beziehungsweise eine „indiskutable Entgleisung“ vor.

Auslöser des verbalen Scharmützels war Kritik des ÖVP-Generalsekretärs Axel Melchior an Landeshauptmann Hans Peter Doskozil (SPÖ)

Ausgangspunkt ist eine Aussendung von ÖVP-Generalsekretär Axel Melchior. Darin bezeichnete er Landeshauptmann Hans Peter Doskozil (SPÖ) als „Querulant“, der „inhaltlich meist wenig Ahnung“ von den Dingen habe, die er öffentlich kritisiert. Ein empörter SPÖ-Landesgeschäftsführer Roland Fürst verlangte daraufhin den Rücktritt Melchiors, weil dieser mit seiner Wortwahl klare rote Linien des politischen Anstandes überschreite.

Auf der Facebook-Seite der SPÖ Burgenland wurde einem Bericht über die Angelegenheit die Redewendung „Was juckt es die Eiche, wenn sich die Sau an ihr reibt“ vorangestellt. Das rief die stellvertretende ÖVP-Generalsekretärin Gaby Schwarz auf den Plan. Sie ortet eine „indiskutable Entgleisung“ und fordert eine Entschuldigung bei Melchior. Er habe sich nur eines beliebten Sprichwortes bedient, um das rabiate Verhalten des ÖVP-Generalsekretärs zu erklären, konterte Fürst. Zu guter Letzt schaltete sich auch noch SPÖ-Bundesgeschäftsführer Christian Deutsch ein und kritisierte Melchior dafür, dass dieser Doskozil persönlich diffamiert habe.

Read more … Burgenland: Öffentlicher Schlagabtausch zwischen SPÖ und ÖVP

2020-11-17 12:25

Wiener Koalition trägt die Farben Rot-Pink

Sichtlich gut gestimmt haben Bürgermeister Michael Ludwig und Neos-Klubchef Christoph Wiederkehr (bald schon Vizebürgermeister) heute ihr Regierungsprogramm für Wien präsentiert.

Schwerpunkte daraus sind mehr Geld für Bildung und strengere Regelungen für den Klimaschutz.

Die SPÖ stellt sechs amtsführende Stadträtinnen und Stadträte: **Jürgen Czernohorszky** (Klimaschutz, Demokratie, Wahlen) **Kathrin Gaal** (Vizebürgermeisterin, Wohnen, Frauen) **Peter Hacker** (Gesundheit, Soziales, Sport) **Peter Hanke** (Finanzen, Wiener Stadtwerke) **Veronica Kaup-Hasler** (Kultur, Wissenschaft) **Ulli Sima** (Mobilität, Stadtentwicklung, Smart City) NEOS bekommen mit **Christoph Wiederkehr** einen Ressortchef (Bildung, Integration, Transparenz). Mit 30 Jahren ist er der Jüngste im Regierungsteam.

Eine Einschätzung der einzelnen Punkte des Regierungsabkommens folgt.

Read more … Wiener Koalition trägt die Farben Rot-Pink

2020-11-12 18:23

SPÖ übt Kritik an Kulturhilfen

SPÖ-Kultursprecher Thomas Drozda übt Kritik an den geplanten Kulturhilfen während des Teil-Lockdowns im November. „Entgegen der ausdrücklichen Zusage der Regierung bekommen gemeinnützige Kultureinrichtungen nicht den 80-prozentigen Umsatzersatz“, bemängelte Drozda. Denn laut Richtlinien des Finanzministeriums müssten steuerpflichtige Einkünfte gemäß Paragraf 22 oder 23 des Einkommensteuergesetzes vorliegen – „das erfüllen aber Gemeinnützige nicht“, so Drozda.

„Ob es Dilettantismus ist oder Absicht – jedenfalls war das explizite Versprechen an die gemeinnützigen Kulturvereine und -betriebe offenbar die Unwahrheit: Sie gehen beim Umsatzersatz leer aus. Das wird für manche von ihnen auch das Ende bedeuten“, warnte Drozda und forderte, dass die Richtlinien noch geändert werden.

„Anspruch unabhängig der Rechtsform“

Grundsätzlich sei klar, dass der Anspruch unabhängig von der Rechtsform gelten soll, versicherte ein Sprecher der grünen Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer auf Anfrage der APA. Für Details verwies er auf das Finanzministerium. Eine Stellungnahme des Ministeriums steht noch aus.

Drozda bekräftigte außerdem die Forderung, dass die Kompensation auch für mittelbar betroffene Künstler und Zulieferer gelten müsse. „Jetzt ist es so, dass die Spielstätte Geld bekommt ohne Verpflichtung, das Geld auch an die freien KünstlerInnen weiterzugeben. Das muss geändert werden. Dazu werden wir bei der Nationalratssitzung nächste Woche einen Antrag einbringen“, kündigte er an. Mayer hatte für diese Gruppe eine Sonderförderung in Aussicht gestellt.

Finanzministerium weist SPÖ-Kritik zurück

Das Finanzministerium weist Drozdas Kritik zurück. Gemeinnützige könnten den Umsatzersatz sehr wohl beantragen, sofern diese Unternehmer im Sinne des Umsatzsteuergesetzes seien, so ein Sprecher des Finanzministeriums.

Dazu zählen all jene, die selbstständig eine nachhaltige Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen ausüben, auch wenn die Absicht, Gewinn zu erzielen, fehlt oder eine Personenvereinigung nur gegenüber ihren Mitgliedern tätig wird, wie es im Gesetz heißt.

Read more … SPÖ übt Kritik an Kulturhilfen

2020-11-12 13:56

younion: Ökonomisches 1x1 für steirische Politiker

Nulllohnrunde stärkt nicht das Budget, sondern schwächt die Wirtschaft Vor allem in der Steiermark spielen führende Politiker noch immer mit dem Gedanken an eine Nulllohnrunde für Landes- und Gemeindebedienstete. Gezielt werden Gerüchte gestreut und Medien bedient.

Bevölkerung weiß, was HeldInnen leisten

„Diese Taktik wird nicht aufgehen“, sagt Christian Meidlinger, Vorsitzender der younion _ Die Daseinsgewerkschaft. „Die Bevölkerung weiß sehr gut, was Gemeindebedienstete in dieser schwierigen Zeit alles leisten. Sei es im Gesundheitswesen, im Kindergarten, bei der Wasserversorgung, bei der Wasserentsorgung, in der Verwaltung, bei der Müllabfuhr und in vielen anderen Bereichen. Sie halten das System am Laufen, auch wenn es mitunter gefährlich wird.“ Meidlinger glaubt auch nicht, dass die Doppelmoral der Politiker unerkannt bleibt: „An dem einen Tag lassen sie sich mit den HeldInnen der Krise fotografieren, danken ihnen für ihre Arbeit, zeigen Verständnis für die schwierige Situation und am nächsten versuchen sie das Gehalt zu kürzen. Glauben sie wirklich, dass das nicht auffällt?“

Ökonomisches 1x1

Der Gewerkschafts-Vorsitzende: „Die Politik soll keine Show abziehen, sondern sich an Fakten und Tatsachen orientieren. Wer jetzt eine Nulllohnrunde will, stärkt nicht das Budget, sondern fügt mit der Schwächung der Kaufkraft der Wirtschaft einen weiteren Schaden zu. Das ist ökonomisches 1x1. Es ist auch gegenüber der Bevölkerung nicht vertretbar, dass genau jene weniger verdienen sollen, die alles am Laufen halten. “

Read more … younion: Ökonomisches 1x1 für steirische Politiker

2020-11-12 13:14

younion: Bundesregierung lässt HeldInnen bei Sonderbetreuungszeit im Stich

Haben Gemeindebedienstete keine Betreuungspflichten?

Der Sozialausschuss des Parlaments hat den Rechtsanspruch auf Sonderbetreuungszeit durchgewunken.

Damit bekommen ArbeitnehmerInnen in der Privatwirtschaft vier Wochen zusätzlich frei, wenn sie für ihre Kinder oder zu pflegende Angehörige keine Betreuung finden. „Das ist im Großen und Ganzen eine gute Lösung. Allerdings hat es die Bundesregierung verabsäumt auch die Gemeindebediensteten in diese Regelung aufzunehmen“, sagt Christa Hörmann, stellvertretende Vorsitzende in der younion _ Die Daseinsgewerkschaft.

Im Regen stehen gelassen

Es werden also ausgerechnet jene ArbeitnehmerInnen im Regen stehen gelassen, die in der Pandemiezeit so viel für die Aufrechterhaltung des Landes leisten. Sei es im Gesundheitswesen, in der Elementarpädagogik und in vielen anderen Bereichen. Dabei hat Familienminister Christine Aschbacher noch groß verkündet, dass es ihr ein „Herzensanliegen sei, die Vereinbarkeit von Familie & Beruf zu stärken - besonders auch in diesen herausfordernden Zeiten.“

Länder müssen jetzt rasch einspringen

Christa Hörmann: „Für meine KollegInnen in den Gemeinden klingen diese Worte wie Hohn. Glaubt die Ministerin, dass Gemeindebedienstete keine Betreuungspflichten haben? Es ist beschämend, dass die Bundesregierung keine klaren und einheitlichen Regelungen für alle schafft.“

younion _ Die Daseinsgewerkschaft fordert daher die Verantwortlichen in den Ländern auf, den Fehler der Bundesregierung zu korrigieren

Christa Hörmann: „Es braucht jetzt ein schnelles und koordiniertes Vorgehen, damit Gemeindebedienstete nicht benachteiligt werden. Das Schlimmste wäre jetzt ein Fleckerklteppich mit den unterschiedlichsten Bestimmungen.“ Drei Fragen an Ministerin Christa Hörmann hat abschließend drei Fragen an Ministerin Aschbacher:

1. Halten Sie die momentane Regelung für gerecht?

2. Ist Ihnen bewusst, dass gerade im Gemeindedienst sehr viele Frau beschäftigt sind?

3. Was werden Sie unternehmen, damit auch Gemeindebedienstete einen Rechtsanspruch auf Sonderbetreuungszeit erhalten?

Christa Hörmann: „Die Antworten auf die Fragen soll sie nicht nur mir geben, sondern zum Beispiel der alleinerziehenden Kindergartenpädagogin, oder der Bediensteten im Gesundheitswesen.“

Read more … younion: Bundesregierung lässt HeldInnen bei Sonderbetreuungszeit im Stich